



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement EVD  
**Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT**  
Berufsbildung

# **Eidgenössische Berufsbildungskommission (EBBK)**



**Jahresbericht 2010**

## **Kontakt**

Bundesamt für Berufsbildung und Technologie

Leistungsbereich Berufsbildung

Ressort Grundsatzfragen + Politik

Effingerstrasse 27

3003 Bern

Tel. 031 322 57 17

[berufsbildung@bbt.admin.ch](mailto:berufsbildung@bbt.admin.ch)

[www.bbt.admin.ch](http://www.bbt.admin.ch)

## **Inhalt**

<b>Einleitung .....</b>	<b>4</b>
<b>1 Schwerpunktthemen der EBBK 2010 .....</b>	<b>5</b>
1.1 Bildungsbericht 2010 .....	5
1.2 Entwicklung der Bildungsausgaben .....	6
1.3 Talentförderung .....	7
1.4 Lebenslanges Lernen .....	8
<b>2 Umsetzung Berufsbildungsgesetz .....</b>	<b>9</b>
2.1 Berufliche Grundbildung .....	9
2.2 Höhere Berufsbildung .....	11
2.3 Querschnittsthemen .....	12
<b>3 Innovationen und Projekte .....</b>	<b>13</b>
3.1 Projektförderung .....	13
3.2 Berufsbildungsforschung .....	14
3.3 Grundsatzdiskussionen .....	14
<b>I. EBBK-Kommissionsmitglieder (Amtsperiode 2008 – 2011) .....</b>	<b>16</b>
<b>II. Aufgaben der eidgenössischen Berufsbildungskommission .....</b>	<b>17</b>
<b>III. Weitere eidgenössische Kommissionen in der Berufsbildung .....</b>	<b>17</b>
<b>IV. Übersicht der wichtigsten Erlasse und Publikationen 2010 .....</b>	<b>18</b>
<b>V. Parlamentarische Vorstösse 2010 .....</b>	<b>19</b>
<b>VI. Berufsbildungsindikatoren .....</b>	<b>20</b>
<b>VII. Lehrstellenmarkt .....</b>	<b>22</b>
<b>VIII. Angebot und Nachfrage auf dem Lehrstellenmarkt im Zeitverlauf .....</b>	<b>23</b>
<b>IX. Kosten der öffentlichen Hand für die Berufsbildung .....</b>	<b>23</b>
<b>X. Berufseinstiegs-Barometer .....</b>	<b>24</b>

## Einleitung

Im Rahmen der Zusammenarbeit von Bund, Kantonen und Organisationen der Arbeitswelt kommt der EBBK eine entscheidende Rolle zu. Sie dient als Forum der Verbundpartner und berät das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) in allen Fragen der Berufsbildung, in Fragen der Entwicklung und der Koordination sowie der Abstimmung mit der allgemeinen Bildungspolitik. Sie beobachtet Entwicklungen und zeigt die Richtung für zukünftige Massnahmen auf. Damit leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Berufsbildung in der Schweiz.

Der vorliegende Jahresbericht enthält eine Übersicht über die 2010 in der Eidgenössischen Berufsbildungskommission (EBBK) diskutierten Themen und Projekte. 2010 befasste sich die EBBK insbesondere mit folgenden Schwerpunktthemen:

- Bildungsbericht 2010: Er trägt das aktuelle Wissen über das Bildungssystem der Schweiz zusammen. Die EBBK definierte Handlungsfelder für die weitere Projektarbeit.
- Entwicklung der Bildungsausgaben: Der erstmals erstellte Masterplan Berufsbildung beinhaltet das Controlling über die Finanzierung der Berufsbildung und zeigt den künftigen Mittelbedarf auf. Die EBBK übernimmt die Diskussion von Grundsatzfragen.
- Talentförderung: Die rückläufigen Schülerzahlen könnten zu einem verschärften Wettbewerb zwischen der Berufs- und der Allgemeinbildung um gut qualifizierte Jugendliche führen. Aus Sicht der EBBK gilt es darauf hinzuwirken, dass die Berufsbildung für leistungsstarke Jugendliche weiterhin attraktiv bleibt.
- Berufsbildung international: Die Schweiz ist ab 2011 Mitglied im EU-Bildungsprogramm zum lebenslangen Lernen. Dieses fördert die Mobilität der Lernenden. Die Koordination zwischen der EU und der Schweiz übernimmt die ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit. Die EBBK ist ein wichtiges Bindeglied bei der Umsetzung des EU-Bildungsprogramms.

Weiter hat die EBBK verschiedene Massnahmen im Bereich der Umsetzung des Berufsbildungsgesetzes kritisch begleitet, insbesondere das Monitoring Lehrstellenmarkt und die Evaluation zweijährige berufliche Grundbildung. Auch berät sie den Bund bei der Beurteilung von Projekten zur Entwicklung der Berufsbildung und zur Qualitätsentwicklung (Art. 54 BBG) und von Gesuchen um Beiträge für besondere Leistungen im öffentlichen Interesse (Art. 55 BBG). Für den gesamten Bereich hat der Bund im Berichtsjahr 55.5 Mio. CHF (2009: 51.5 Mio. CHF) eingesetzt.

# 1 Schwerpunktthemen der EBBK 2010

## 1.1 Bildungsbericht 2010

**Die EBBK hat sich mit dem Bildungsbericht 2010 auseinandergesetzt. Handlungsfelder aus Sicht der EBBK sind der Talentwettbewerb, das Schaffen vergleichbarer Qualitätsstandards und konsistenter Zulassungsbedingungen zu allen Bildungsangeboten und die bessere Positionierung der höheren Berufsbildung.**

Bund und Kantone haben gestützt auf Artikel 61a der Bundesverfassung (BV) ein gemeinsames Bildungsmonitoring eingerichtet. Der Bildungsbericht enthält Daten aus Forschung, Statistik und Verwaltung und gliedert sich nach den Kriterien „Effektivität“, „Effizienz“ und „Equity“ (Chancengerechtigkeit). Er umfasst das ganze Bildungssystem von der Vorschule bis zur Tertiärstufe und die Weiterbildung. Der Bildungsbericht dient als Informationsgrundlage für die Steuerung der Berufsbildung auf nationaler Ebene.

Die EBBK begrüßt die Stossrichtung des Bildungsberichts. Sie nennt verschiedene Themen, die in den weiteren Projektarbeiten berücksichtigt werden sollen:

- Optimieren des Übergangs zwischen der obligatorischen Schule und der Berufsbildung.
- Steigern des Anteils der Abschlüsse auf Sekundarstufe II.

Wichtige Massnahmen dazu sind die Arbeiten im Rahmen des verbundpartnerschaftlichen Projekts Transition und das Case Management Berufsbildung.

- Stärkere Gewichtung der Berufswahlvorbereitung und des Einbezug der Eltern.
- Aufgreifen des Themas „Fachkräftemangel“.
- Bessere nationale und internationale Positionierung der Abschlüsse der höheren Berufsbildung. (Dieses Thema wurde an der Lehrstellenkonferenz 2010 behandelt, vgl. Kapitel 2.2).

## 1.2 Entwicklung der Bildungsausgaben

**Der Masterplan Berufsbildung dient als Grundlage für die Finanzierung der Berufsbildung. Er beinhaltet das Controlling gemäss der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie (BFT) seit Inkrafttreten des neuen Berufsbildungsgesetzes und der laufenden BFI-Botschaft 2008 – 2011. Zudem zeigt er die Entwicklungsgrundlagen und den Mittelbedarf für die kommenden BFI-Perioden auf. Der Masterplan Berufsbildung ist erstmals 2010 in enger Abstimmung mit den Verbundpartnern entstanden und mit Beteiligung von Mitgliedern der EBBK erarbeitet worden.**

Die Kantone sind für den Vollzug der Berufsbildung und für die Aufsicht zuständig. Sie kommen gegenwärtig für mehr als drei Viertel der Kosten der öffentlichen Hand auf. Gesetzlich ist ein Beteiligungsrahmen des Bundes von einem Viertel als Richtwert vorgesehen.

Der Bund beteiligt sich hauptsächlich in Form von Pauschalen an den Berufsbildungskosten der Kantone. Ausserdem stellt er Mittel zur Weiterentwicklung der Berufsbildung und für besondere Leistungen im öffentlichen Interesse bereit. Und finanziert die Ausbildung der Berufsbildungsverantwortlichen.

Bund und Kantone bezahlten 2009 insgesamt 3'393 Mio. CHF zugunsten der Berufsbildung. Zwischen 2005 und 2009 sind die Berufsbildungskosten pro Jahr durchschnittlich um 2.8 Prozent gestiegen. Das höhere Niveau 2008 von plus 8 Prozent erwies sich 2009 als nicht nachhaltig. Die Zuwachsrate hat sich mit 2.2 Prozent wieder der normalen Kostensteigerung angenähert.

Der Bund beteiligte sich 2009 mit 627.6 Mio. CHF an den Kosten der öffentlichen Hand. Das entspricht einem Anteil von 18.5 Prozent. Im Jahr 2004 betrug die Beteiligung des Bundes noch 16.2 Prozent (462.9 Mio. CHF).

Entwickelt sich der Anteil des Bundes an den Kosten für die Berufsbildung wie prognostiziert, wird der Anteil 2011 gut 22 Prozent betragen. Damit wird der gesetzliche Richtwert von 25 Prozent in der zweiten BFI-Periode nicht erreicht.

### 1.3 Talentförderung

**Der demographische Wandel führt zu rückläufigen Schülerzahlen. In den nächsten Jahren könnte es deshalb zu einem verschärften Wettbewerb zwischen der Berufs- und der Allgemeinbildung um gut qualifizierte Schülerinnen und Schüler kommen. Eine vom BBT unterstützte Studie der Universität Fribourg zeigt, dass überdurchschnittliche Begabung in der beruflichen Ausbildung eine Realität darstellt und in allen Berufsfeldern anzutreffen ist. Die Berufsbildung muss auch für diese Jugendlichen attraktiv bleiben. Der Bund unterstützt deshalb beispielsweise nationale und internationale Berufswettbewerbe.**

**Die EBBK diskutierte die bestehenden Massnahmen zur Talentförderung in der Berufsbildung und skizzierte den weiteren Handlungsbedarf in diesem Bereich.**

Prof. Dr. Margrit Stamm (Universität Fribourg) untersuchte in einer vom Bund unterstützten Studie mit dem Titel „Hochbegabt und ‚nur‘ Lehrling“ die Merkmale und die Leistungsentwicklung überdurchschnittlich begabter Lernender.<sup>1</sup> Sie zeigt auf, dass die Leistungsentwicklung bei Hochbegabten auch vom Vorhandensein von Förderangeboten abhängt.

Zur Eliteförderung in der Berufsbildung hat der Bund die Stiftung SwissSkills beauftragt, die schweizerischen Berufswettbewerbe der verschiedenen Branchen zu koordinieren und die Teilnahme des Schweizer Teams an internationalen Berufswettbewerben zu organisieren. Die schweizerische Berufsbildung stellt auf breiter Basis gut qualifizierte Arbeitskräfte bereit. Schweizer Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreichen an internationalen Berufswettbewerben (WorldSkills / EuroSkills) regelmässig Bestresultate.

2010 wurden die erfolgreichsten jungen Schweizer Berufsleute am nationalen Tag der Berufsbildung in Biel für ihre Leistungen geehrt. Vom 9. bis 12. Dezember 2010 fanden die Europameisterschaften (EuroSkills) in Lissabon statt. Aus der Schweiz nahmen fünf Berufsleute teil – alle fünf gewannen Medaillen. 2011 werden 43 Berufsleute aus der Schweiz an den Weltmeisterschaften (WorldSkills) in London teilnehmen.

Neben der Förderung der nationalen und internationalen Berufsmeisterschaften schlägt die EBBK die folgenden Massnahmen zur Förderung von Hochqualifizierten vor:

- Fortführen und Weiterentwickeln von Massnahmen der Berufsverbände zur Attraktivitätssteigerungen ihrer Berufe.
- Anbieten von kognitiv anspruchsvollen beruflichen Grundbildungen.
- Weitere Etablierung der Berufsmaturität.
- Passerelle zu den Universitäten / ETH aufrecht erhalten.
- Bereitstellen attraktiver Angebote zur Weiterqualifizierung im Bereich der höheren Berufsbildung.

---

<sup>1</sup> Vgl. Schlussbericht der Studie, <http://edudoc.ch/record/27136/files/zu05063.pdf>.

## 1.4 Lebenslanges Lernen

**Das EU-Rahmenprogramm für lebenslanges Lernen (LLP, 2007 – 2013) fördert durch Austauschprogramme und Kooperationen die Mobilität der Lehrpersonen und Lernenden verschiedener Bildungsstufen. Die Schweiz ist ab 2011 mittels bilateralem Abkommen vollumfänglich am Programm beteiligt. Die ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit ist Schnittstelle zwischen der EU und den beantragenden Institutionen. Die EBBK erhielt Einblick in die Ziele dieses Programms und setzt sich für eine breite Nutzung des Angebotes im Bereich der Berufsbildung ein.**

Das EU-Rahmenprogramm für lebenslanges Lernen besteht aus vier Einzelprogrammen für die vier Bereiche Hochschulen (Erasmus), Schulen (Comenius), Erwachsenenbildung (Grundtvig) und Berufsbildung (Leonardo da Vinci).

Die EBBK begrüßt die Teilnahme der Schweiz am EU-Rahmenprogramm und ruft dazu auf, das vorhandene Potenzial breit zu nutzen, insbesondere zur Vernetzung mit Ländern mit dualem Berufsbildungssystem.

Das Teilprogramm Leonardo da Vinci bietet Institutionen und Organisationen aus der Berufsbildung die Möglichkeit, mit Partnern aus ganz Europa zusammenzuarbeiten, bewährte Verfahren auszutauschen und die Kompetenz ihres Personals zu erweitern. Das Programm soll dazu beitragen, die Attraktivität der Berufsbildung zu erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Arbeitsmarktes insgesamt zu stärken.

Die vier Einzelprogramme werden durch Querschnittsmaßnahmen ergänzt, welche die politische Zusammenarbeit, das Erlernen von Sprachen, die Kenntnis von Informations- und Kommunikationstechnologien sowie das Verbreiten und Nutzen der Projektergebnisse betreffen.

Die Schweiz bezahlt über bilaterale Abkommen einen fixen Beitrag an die EU. Diese Gelder können über Projekte wieder zurück in die Schweiz geholt werden. Innovationspartner wie Organisationen der Arbeitswelt oder Bildungsinstitutionen sollen über die Möglichkeit der Finanzierung von Projekten informiert und dazu motiviert werden, diese Chance zu nutzen.

## 2 Umsetzung Berufsbildungsgesetz

### 2.1 Berufliche Grundbildung

**Die EBBK verfolgte die Entwicklungen auf dem Lehrstellenmarkt auch 2010 mit besonderer Aufmerksamkeit. Der Lehrstellenmarkt blieb trotz angespannter Wirtschaftslage weitgehend stabil. 2010 wurden sogar mehr Lehrstellen denn je angeboten. Die Massnahmen von Bund, Kantonen und Organisationen der Arbeitswelt haben sich bewährt. Das in diesem Jahr erstmals erhobene Berufseinstiegs-Barometer zeigt, dass der beruflichen Grundbildung auf dem Arbeitsmarkt eine hohe Bedeutung zukommt und dass zunehmend berufserfahrene Arbeitskräfte gesucht werden.**

#### Lehrstellensituation

Die Situation auf dem Lehrstellenmarkt ist gemäss Lehrstellenbarometer trotz angespannter Wirtschaftslage weitgehend stabil geblieben. Die Zahl der angebotenen Lehrstellen hat sich positiv entwickelt: Per August 2010 vergaben die Unternehmen 83'000 Lehrstellen (2009: 82'000). Weitere 7'000 Ausbildungsplätze waren am Stichtag 31. August 2010 noch offen. Die Betriebe hofften, davon 2'500 noch besetzen zu können. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 3'000 Stellen mehr angeboten (total 90'000 Lehrstellen).

Von den 149'000 Jugendlichen, die 2010 vor der Ausbildungswahl standen, waren rund 73'500 (2009: 75'000) in eine berufliche Grundbildung eingetreten. Die Mehrheit gab an, Lösung gefunden zu haben. 5 Prozent (2009: 6 Prozent) bezeichneten sich als arbeitslos bzw. ohne Beschäftigung. Das sind hochgerechnet rund 7'500 Personen (2009: 9'000).

Die „Warteschlange“ der Jugendlichen, die für 2011 eine Lehrstelle suchten, war im Vergleich zum Vorjahr von 14 auf 13 Prozent gesunken. Hochgerechnet waren das 20'500 Jugendliche (2009: 21'000, 2008: 21'500).

Die Weiterführung bewährter Massnahmen wie Lehrstellenförderung, Coaching und Mentoring-Programme sowie das Case Management Berufsbildung tragen dazu bei, dass sich die angespannte Wirtschaftslage auf den Lehrstellenmarkt nicht niederschlägt. Entscheidend ist dabei die aktive Rolle der Wirtschaft, die auch in konjunkturell schwierigen Zeiten in die Berufsbildung investiert und zusätzliche Lehrstellen geschaffen hat.

Die diesjährige Lehrstellenkonferenz hat beschlossen, die bestehenden Massnahmen weiterzuverfolgen und bei Bedarf zusätzlich zu intensivieren. Die EBBK beurteilt die finanzielle Unterstützung von Projekten in diesem Bereich (vgl. Kapitel 3).

#### Berufseinstiegs-Barometer

2010 hat der Stellenmarkt-Monitor Schweiz der Universität Zürich erstmals ein Berufseinstiegs-Barometer publiziert. Aufgrund von Stelleninseraten wurde das Stellenangebot für Berufseinsteigerinnen und -einstieger auswertet. Die Resultate der Studie bekräftigen die hohe Bedeutung der beruflichen Grundbildung auf dem Arbeitsmarkt und zeigen, dass sie ein wirksamer Schutz gegen Arbeitslosigkeit ist. Ausserdem zeigt sich ein Trend zu höheren Anforderungen bei Einsteigerstellen.

Das Berufseinstiegs-Barometer dient, zusammen mit dem Lehrstellenbarometer, der Beobachtung des Arbeitsmarktes für Jugendliche. Es soll beibehalten, in seiner Ausgestaltung aber überarbeitet werden. Um ein umfassenderes Bild der Situation der Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger zu

erhalten, sollen Zahlen zur direkten Weiterbeschäftigung nach der beruflichen Grundbildung im Lehrbetrieb sowie andere Rekrutierungskanäle als Stelleninserate künftig in die Beurteilung miteinbezogen werden.

### **Bestandsaufnahme „Übergang II“**

Auftrag der Lehrstellenkonferenz 2009 war es u. a. die Vorbereitung von Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger auf den Übergang von der beruflichen Grundbildung in den Arbeitsmarkt zu überprüfen. Das BBT und die Schweizerische Berufsbildungsämter-Konferenz (SBBK) haben 2010 eine Bestandsaufnahme bereits bestehender und geplanter Massnahmen am sogenannten Übergang II erstellt. Gemäss der Erhebung finden sich in allen Kantonen Massnahmen. Diese sind auf die Bedürfnisse vor Ort ausgerichtet und entsprechend unterschiedlich ausgestaltet.

Berufslernende im letzten Lehrjahr werden über aktive und passive Angebote erreicht (Berufsfachschulunterricht, Broschüren, Internet-Plattformen etc.). Weitere Zielgruppen sind Berufsbildungsverantwortliche in Berufsfachschulen und Betrieben sowie Berufsberaterinnen und Berufsberater. Einzelne Massnahmen richten sich an Eltern der Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger.

### **Kosten / Nutzen-Studie zum eidgenössischen Berufsattest (EBA)**

Für vorwiegend praktisch begabte Jugendliche wurde die zweijährige berufliche Grundbildung mit Eidgenössischem Berufsattest (EBA) in die Bildungssystematik integriert. Im Gegensatz zu den früheren „Anlehrten“ führen die zweijährigen beruflichen Grundbildungen zu einem eidgenössisch anerkannten Abschluss mit einem eigenständigen arbeitsmarktorientierten Berufsprofil. Eine Studie des eidgenössischen Hochschulinstituts für Berufsbildung (EHB) hat 2010 erstmals Daten über das Kosten-Nutzen-Verhältnis dieses neuen Grundbildungsbildungsangebotes erhoben. Untersucht wurden die zweijährigen beruflichen Grundbildungen, die bis ins Jahr 2007 eingeführt worden waren. Es zeigt sich, dass der produktive Nutzen von Lernenden einer zweijährigen beruflichen Grundbildung mit EBA im Schnitt die Ausbildungskosten der Betriebe übersteigt. Zwischen den untersuchten Berufen bestehen indes erhebliche Unterschiede im durchschnittlichen Kosten-Nutzen-Verhältnis.

### **Validierung von Bildungsleistungen**

2010 wurde ein Leitfaden zur Validierung von Bildungsleistungen publiziert. Damit liegen breit abgestützte Rahmenbedingungen für den weiteren Aufbau des Validierungssystems vor. Die schweizweit einheitliche Umsetzung wird in den Kantonen in enger Zusammenarbeit mit den Organisationen der Arbeitswelt vorgenommen. Die Zusammenarbeit unter den Verbundpartnern garantiert, dass die Validierung ihren Platz als vollwertiges Qualifikationsverfahren im Bildungssystem findet.

### **Aktualisierung der Bildungserlasse**

Das Berufsbildungsgesetz (BBG) löste eine Aktualisierung der nachgeordneten Erlasse aus. Bis Anfang 2010 sind 116 von insgesamt 220 Bildungsverordnungen in Kraft gesetzt worden.

Die EBBK diskutierte 2010 insbesondere über den Prozess zur Ausarbeitung der neuen Bildungsverordnung für die kaufmännische Grundbildung mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis. Dabei zeigte sich, dass Aktualisierungsarbeiten, die grössere Berufsgruppen betreffen, mit Kommunikationsmassnahmen zu begleiten sind.

Die neue Berufsmaturitätsverordnung wurde 2009 in Kraft gesetzt. Der entsprechende Rahmenlehrplan wird zurzeit erarbeitet. Das Angebot soll sich auf fünf bis sechs Richtungen beschränken. Die Berufsmaturität soll als Marke gestärkt werden.

## 2.2 Höhere Berufsbildung

**Die höhere Berufsbildung umfasst die Bildungsgänge der höheren Fachschulen und die eidgenössischen Berufs- und höheren Fachprüfungen. Sie ist ein bewährtes, marktgerechtes und arbeitsmarktorientiertes Modell zur Höherqualifizierung von Berufsleuten. Die Stärken der höheren Berufsbildung werden jedoch auf nationaler und internationaler Ebene zu wenig wahrgenommen. Dies zeigt sich u.a. an der Forderung nach einer Erhöhung der Hochschulabsolventen-Quote. Eine klare Positionierung der höheren Berufsbildung ist unumgänglich. An der Lehrstellenkonferenz 2010 wurden Massnahmen verabschiedet, um die höhere Berufsbildung besser zu positionieren. Die Umsetzung dieser Massnahmen wird in den nächsten Jahren durch die EBBK begleitet.**

Schwerpunktthema der Lehrstellenkonferenz 2010 war die bessere Positionierung der höheren Berufsbildung. Folgende Massnahmen wurden beschlossen:

- **Nationaler Qualifikationsrahmen:** Die Schweizer Berufsbildungs-Abschlüsse werden in ein Acht-Stufensystem (analog zum EQF, dem europäischen Qualifikationsrahmen) eingeordnet und so europaweit vergleichbar.
- **Diploma Supplements:** Zusätze zu den Diplomen mit ergänzenden Angaben auf Englisch machen die Abschlüsse besser verständlich. Wie bei den Hochschultiteln wird künftig auch den Abschlüssen der höheren Berufsbildung ein Beiblatt auf Englisch beigefügt, das die erworbenen Qualifikationen beschreibt.
- **Internationale Zusammenarbeit:** Vorteile und Eigenarten des Schweizer Berufsbildungssystems sollen bekannter gemacht werden (durch enge Kooperation mit anderen dual ausgerichteten Ländern und engere Zusammenarbeit mit der OECD).
- **Verstärkte Informationstätigkeit:** Zusätzliche Kommunikationsmassnahmen sollen mehr Transparenz über die höhere Berufsbildung im In- und Ausland schaffen. Dazu ist das Erstellen eines Internetauftritts geplant.

Eine Aufwertung der höheren Berufsbildung stärkt auch die berufliche Grundbildung. Sie sorgt dafür, dass die Berufsbildung für leistungsstarke Jugendliche attraktiv bleibt. Angesichts des prognostizierten demographischen Rückgangs der nächsten Jahre sind diese Massnahmen wichtig, um einem allfälligen Fachkräftemangel vorzubeugen.

Nebst der Positionierung war auch die finanzielle Regelung der höheren Berufsbildung Thema in der EBBK. Auch in diesem Bereich gibt es in den nächsten Jahren Änderungen:

- Ab dem 1.1. 2011 erhöht der Bund seine Beiträge an die Durchführung der eidgenössischen Prüfungen auf 25 Prozent des Prüfungsaufwandes.
- Der Bund stellt für die Entwicklung der eidgenössischen Prüfungen mehr Geld zur Verfügung (z.B. für Berufsfeldanalysen, Prüfungsordnungen, Wegleitungen).

- Von Mai bis November 2010 war die interkantonale Vereinbarung über Beiträge an Bildungsgänge der höheren Fachschulen der Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) in der Vernehmlassung. Sie soll 2011 zur Ratifizierung vorbereitet werden.

Eine Lösung für die künftige Finanzierung der Vorbereitungskurse auf eidgenössische Berufs- und höhere Fachprüfungen wird von Spitzenvertretern der Verbundpartner zur Zeit diskutiert.

## 2.3 Querschnittsthemen

### Anerkennung von Bildungsgängen für Berufsbildungsverantwortliche

**Mit Inkrafttreten des neuen Berufsbildungsgesetzes können neben dem Eidgenössischen Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB) weitere Bildungsinstitutionen berufspädagogische Bildungsgänge entwickeln und anerkennen lassen. Die EBBK thematisierte die fehlende Transparenz der Ausbildungsangebote für Berufsbildungsverantwortliche, da verschiedene Schulen unterschiedliche Titel führen.**

Bisher sind 19 Bildungsgänge anerkannt, weitere 9 sind im Anerkennungsverfahren. Der fehlenden Transparenz wird durch ein Expertenpool entgegengewirkt, der verschiedene Gesuche aufgrund einheitlicher Standards miteinander vergleicht und sich nicht auf eine einzige Institution konzentriert.

Die EBBK diskutierte, ob stärkere Regelmechanismen in Bezug auf kritische Mengen nötig sind. Wenn überall Ausbildungen angeboten werden können, kommt es zur nicht mehr steuerbaren Fragmentierung. Die Mischung von vollamtlichen Lehrpersonen und Personen aus der Praxis soll weiter gewährleistet werden.

### „Qualität leben“

**Im Rahmen des Projekts „Qualität leben“ wird „Good practice“ von Qualitätsmaßnahmen in der Berufsbildung gesammelt und als Auslegeordnung präsentiert. Ziel ist die Entwicklung eines gemeinsamen Qualitätsverständnisses der Verbundpartner in Bezug auf die Umsetzung von BBG Art. 8. Die EBBK übernimmt im Projekt „Qualität leben“ die Funktion einer Begleitgruppe.**

„Qualität leben“ dient dem Austausch von Erfahrungen in der Qualitätsentwicklung unter Einbezug wissenschaftlicher Studien. Bestehende und neu lancierte Qualitätsmaßnahmen werden über eine Austausch-Plattform öffentlich zugänglich gemacht. Auch werden zeitlich begrenzte Qualitätsschwerpunkte festgelegt.

Das Projekt wird Anfang 2011 an einer Verbundpartner-Tagung als Auftakt zu einem mehrjährigen Prozess lanciert. Es soll zu einer aktiven Auseinandersetzung der Verbundpartner mit dem Thema Qualität führen.

### 3 Innovationen und Projekte

#### 3.1 Projektförderung

Die EBBK berät den Bund bei der Beurteilung von Projekten zur Entwicklung der Berufsbildung und zur Qualitätsentwicklung (Art. 54 BBG) und von Gesuchen um Beiträge für besondere Leistungen im öffentlichen Interesse (Art. 55 BBG).

Für den gesamten Bereich hat der Bund im Berichtsjahr 55.5 Mio. CHF (2009: 51.5 Mio. CHF) eingesetzt. Dazu kommen Projekte zur Entwicklung der Berufsbildung, in denen der Bund selber tätig ist (Art. 4.2 BBG), Beiträge an die Durchführung von eidgenössischen Berufs- und höheren Fachprüfungen sowie Bildungsgänge an höheren Fachschulen (Art. 56 BBG).

Im Berichtsjahr wurden dem BBT 157 Projekte zur Unterstützung eingereicht, wovon 77 bewilligt wurden. 50 Gesuche befinden sich noch in Bearbeitung, 25 wurden abgelehnt und 5 Gesuche zurückgezogen.

##### Entwicklung der Ausgaben für die Förderung der Berufsbildung, 2008–2010

Gesetzliche Grundlage	2010 (Mio. CHF)	2009 (Mio. CHF)	2008 (Mio CHF)	Inhalte / Fördergebiete
Art. 54 BBG	23.1	19.4	12.7	Entwicklung der Berufsbildung
Art. 55 BBG	12.2	17.5	13.2	Besondere Leistungen im öffentlichen Interesse
Art. 56 BBG	3.8	3.2	1.2	Beiträge an die Durchführung von eidgenössischen Berufs- und höheren Fachprüfungen und Bildungsgänge an höheren Fachschulen
Art. 4.2 BBG	16.4	11.4	10.1	Vom Bund initiierte Projekte
<b>Total</b>	<b>55.5</b>	<b>51.5</b>	<b>37.2</b>	

### 3.2 Berufsbildungsforschung

**Zentrale Fragen der Berufsbildung werden in Schwerpunkten gebündelt und an einem oder im Verbund von mehreren universitären Lehrstühlen – sogenannten Leading Houses – wissenschaftlich bearbeitet. Der Bund hat die Berufsbildungsforschung 2010 mit 3.3 Mio. CHF unterstützt.**

Zur Zeit sind vier Leading Houses aktiv, zwei weitere wurden 2010 ausgeschrieben.

- Qualität der beruflichen Bildung (Universität Freiburg: Prof. Fritz Oser, die Ablösung infolge Emeritierung wird zurzeit vorbereitet).
- Technologien der Berufsbildung (EPFL: Prof. Pierre Dillenbourg; Universität Lausanne: Prof. Dr. Mireille Betrancourt; Universität Fribourg: Prof. Dr. Jean-Luc Gurtner).
- Bildungsökonomie – Schwerpunkt Mikroökonomie (Universität Zürich: Prof. Uschi Backes-Gellner und Universität Bern: Prof. Stefan C. Wolter).
- Bildungsökonomie – Schwerpunkt Makroökonomie (Universität Genf: Prof. Yves Flückiger).
- Individuelle Berufsbildungsentscheidungen und -chancen (Ausschreibung 2010. Die eingegangenen Bewerbungen konnten den Forschungsbereich nicht vollständig abdecken. Deshalb werden in diesem Bereich Einzelprojekte ausgeschrieben).
- Lernprozessforschung (Ausschreibung 2010).

Die wichtigsten Ergebnisse aus der Berufsbildungsforschung werden in der Reihe „Berufsbildungsforschung Schweiz“ und in internationalen wissenschaftlichen Publikationen veröffentlicht. Seit 2009 erscheint zudem ein internationales Berufsbildungsjournal (ERVET), das vom BBT finanziell unterstützt wird. In Zukunft sollen zusätzliche Anstrengungen zur Diffusion der Ergebnisse unternommen werden.

Eine wichtige Rolle bei der Verbreitung der Ergebnisse in die Praxis kommt auch dem Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB) zu. Das EHB widmet sich neben seinem Ausbildungsauftrag für Berufsbildungsverantwortliche und in Ergänzung dazu der Umsetzung der Forschungsresultate. Durch seine drei sprachregionalen Standorte (Lausanne, Lugano und Zollikofen) nimmt es eine gesamtschweizerische Brückenfunktion zur Praxis ein. Zudem fördert das EHB den Wissensaustausch mit dem Ausland wie zum Beispiel mittels einem zweijährlich stattfindenden internationalen Kongresses für die Berufsbildungsforschung.

### 3.3 Grundsatzdiskussionen

**Die EBBK führt Grundsatzdiskussionen über die finanzielle Unterstützung von Projekten im Bereich Berufsbildung. Die Ergebnisse dienen als Leitlinie für künftige Gesuche.**

#### **Projekte im Bereich „beruflicher Wiedereinstieg“**

Die Studie „Angebote im Bereich beruflicher Wiedereinstieg“ des Instituts gfs.bern kommt zum Schluss:

- Das Angebot zur Unterstützung beim Wiedereinstieg genügt.
- Die Mehrheit der betroffenen Personen findet die gesuchten Informationen zu Unterstützungsangeboten.

- Eine kleine Minderheit der befragten Personen betrachtet den Wiedereinstieg als schwierig.

Ein Projektgesuch mit dem Ziel, Wiedereinstiegskurse auf nationaler Ebene zu koordinieren und zu evaluieren, wird von der EBBK gutgeheissen. Hingegen werden mit Bundesmitteln keine Projekte unterstützt, bei denen es um die Finanzierung einzelner Kurse geht.

#### ***Übersetzung von Lehrmitteln für überbetriebliche Kurse (üK)***

Es wurde ein Gesuch zur Mitfinanzierung der Übersetzung von üK-Lehrmitteln eingereicht. Für die Mitfinanzierung von Übersetzungen besteht eine rechtliche Grundlage. Bisher wurden üK-Lehrmittel ohne Unterstützung des Bundes übersetzt.

Die EBBK empfiehlt dem BBT,

- einen Verschlag zu machen für Kriterien zur Beurteilung der Unterstützung von entsprechenden Gesuchen.
- Abzuklären, ob Berufsbildungsfonds die üK berücksichtigen.
- Allfällige finanzielle Konsequenzen einer Genehmigung des Gesuchs abzuklären.
- Die Trägerschaft des Projekts sollen Swissmem und Swissmechanic gemeinsam wahrnehmen.

Bis Februar 2011 wird ein Vorschlag für Kriterien zur Genehmigung solcher Projektgesuche erarbeitet. Sie sollen ab Frühjahr 2011 gelten.

## **Anhang**

### **I. EBBK-Kommissionsmitglieder (Amtsperiode 2008 – 2011)**

---

Agostoni, Valerio	Mitglied des Zentralvorstandes und Präsident der Berufsbildungskommission des KV Schweiz
Backes-Gellner, Uschi	Professorin für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre an der Universität Zürich
Davatz-Höchner, Christine	Vizedirektorin des Schweizerischen Gewerbeverbandes SGV
Evéquoz, Grégoire	Generaldirektor Office pour l'orientation, la formation professionnelle et continue, Kanton Genf
Fehr, Karin	Geschäftsführerin der OdA SAVOIRSOCIAL
Morand-Aymon, Bernadette	Leiterin der Geschäftsstelle Romandie des Schweizerischen Verbandes für Weiterbildung SVEB
Renold, Ursula	Direktorin des BBT (Präsidentin)
Rösch, Jakob	Sekretär der OdA AgriAliForm
Sieber, Urs	Geschäftsführer der OdASanté.
Sigerist, Peter	Zentralsekretär, Ressort Bildung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB
Weber-Gobet, Bruno	Bildungsverantwortlicher des Arbeitnehmerverbandes Travail.Suisse
Wenger, Beat	Zentralpräsident des Verbandes der schweizerischen Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer BCH/FPS
Wiesendanger, Rita	Vorsteherin des Amtes für Berufsbildung, Kanton Graubünden
Zellweger, Jürg	Mitglied der Geschäftsleitung des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes SAV
Zufferey, Jean-Daniel <sup>2</sup>	Geschäftsführer des Sekretariats der Schweizerischen Berufsbildungsämter-Konferenz (SBBK) und der Schweizerischen Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Berufs- und Studienberatung (KBSB), Bereichsleiter Berufsbildung in der EDK

---

<sup>2</sup> Bis Ende 2010. Nachfolger: Mark Gasche.

## **II. Aufgaben der eidgenössischen Berufsbildungskommission**

---

Die Zusammensetzung und die Aufgaben der eidgenössischen Berufsbildungskommission sind im Berufsbildungsgesetz festgelegt:

### **Art. 69 Eidgenössische Berufsbildungskommission**

- <sup>1</sup> Der Bundesrat bestellt eine eidgenössische Berufsbildungskommission.
- <sup>2</sup> Sie setzt sich aus höchstens 15 Vertreterinnen und Vertretern von Bund, Kantonen, Organisationen der Arbeitswelt sowie der Wissenschaft zusammen. Die Kantone haben für drei Mitglieder das Vorschlagsrecht.
- <sup>3</sup> Sie wird vom Direktor des Bundesamtes geleitet.
- <sup>4</sup> Das Bundesamt führt das Sekretariat.

### **Art. 70 Aufgaben der eidgenössischen Berufsbildungskommission**

- <sup>1</sup> Die Berufsbildungskommission hat folgende Aufgaben:
  - a. Sie berät die Bundesbehörden in allgemeinen Fragen der Berufsbildung, in Fragen der Entwicklung und der Koordination und deren Abstimmung mit der allgemeinen Bildungspolitik.
  - b. Sie beurteilt Projekte zur Entwicklung der Berufsbildung nach Artikel 54, Gesuche und Beiträge für besondere Leistungen im öffentlichen Interesse nach Artikel 55 und um Unterstützung im Bereich der Berufsbildung nach Artikel 56 sowie Forschung, Studien, Pilotversuche und Dienstleistungen im Bereich der Berufsbildung und der berufsorientierten Weiterbildung nach Artikel 48 Absatz 2 Buchstabe b.
- <sup>2</sup> Sie kann von sich Anträge stellen und gibt zu den beurteilenden Projekten zuhanden der Subventionsbehörde Empfehlungen ab.

## **III. Weitere eidgenössische Kommissionen in der Berufsbildung**

---

**Drei weitere ständige eidgenössische Kommissionen beraten das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie in einzelnen Fachbereichen der Berufsbildung. Die EBBK informierte sich über die Arbeiten der anderen Kommissionen und stimmte ihre Aktivitäten darauf ab.**

**Eidgenössische Berufsmaturitätskommission (EBMK)** ist ein beratendes Organ in Fragen der Berufsmaturität, insbesondere in Fragen der Anerkennung von Qualifikationsverfahren. Sie setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern von Bund, Kantonen, Organisationen der Arbeitswelt, Berufsfachschulen und Fachhochschulen.

**Eidgenössische Kommission für Berufsbildungsverantwortliche (EKBV)** berät das BBT bei der Koordination und Anerkennung der Diplome für Berufsbildungsverantwortliche sowie bei der Benennung und Aufsicht der Institutionen, die eidgenössisch anerkannte Diplome abgeben. Sie setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertreter von Bund, Kantonen, Organisationen der Arbeitswelt und Bildungsinstitutionen.

**Eidgenössische Kommission für höhere Fachschulen (EKHF)** begutachtet zuhanden des BBT die Rahmenlehrpläne sowie die Gesuche um eidgenössische Anerkennung von Bildungsgängen der höheren Berufsbildung und Nachdiplomstudien. Weiter überprüft sie in Zusammenarbeit mit den Kanto-

nen zuhanden des BBT, ob die Anerkennungsvoraussetzungen eingehalten werden. Die Mitglieder der EKHF vertreten den Bund, Kantone, Organisationen der Arbeitswelt und Bildungsinstitutionen.

## **IV. Übersicht der wichtigsten Erlasse und Publikationen 2010**

---

### **Berichte und Beschlüsse**

- [BBT:] Bericht EVD «Bildung Pflegeberufe». Politischer Steuerungs- und Koordinationsbedarf zur Umsetzung der Bildungssystematik und zur Sicherstellung eines bedarfsoorientierten Bildungsangebotes bei den Pflegeberufen auf Ebene Bund und Kantone. Bericht im Auftrag des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements EVD, März 2010.
- [BBT:] Expertengruppe „Berufsbildungsfonds (BBF)“ gemäss Art. 60 BBG. Schlussbericht, August 2010.
- [SBF:] Mangel an MINT-Fachkräften in der Schweiz. Ausmass und Ursachen des Fachkräftemangels in MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik), August 2010.
- [Bundesrat:] Sechs Jahre neues Berufsbildungsgesetz. Eine Bilanz. Bericht des Bundesrates über die Unterstützung der dualen Berufsbildung (in Erfüllung des Postulats Favre 08.3778), Bern, September 2010.
- [BBT / UVEK:] Masterplan Cleantech Schweiz, Oktober 2010.
- [Bundesrat:] Botschaft vom 3. Dezember 2010 über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation im Jahr 2012 (BBI 2010, 10.109)

### **Leitfaden**

- [BBT:] Validierung von Bildungsleistungen – Leitfaden für die berufliche Grundbildung, September 2010.

### **Lehrstellenkonferenz**

- [BBT:] Lehrstellenkonferenz 2010. Massnahmen zur besseren Positionierung der höheren Berufsbildung, Oktober 2010.
- [BBT:] Lehrstellenkonferenz 2010. Massnahmen im Bereich Lehrstellenmarkt, Oktober 2010.

### **Publikationen zum Berufsbildungssystem Schweiz**

- [SKBF:] Bildungsbericht Schweiz 2010.
- [EHB:] Kosten und Nutzen von zweijährigen beruflichen Grundbildungen aus der Sicht der Betriebe. Schlussbericht, 2010.
- [BBT:] Berufsbildung in der Schweiz 2010 – Fakten und Zahlen.
- [Link-Institut:] Lehrstellenbarometer August 2010. Detaillierter Ergebnisbericht. Umfrage bei Jugendlichen und Unternehmen im Auftrag des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie BBT, LINK Studiennummern 53972/53973 – Oktober 2010.
- [Stellenmarkt-Monitor Schweiz:] Berufseinstiegs-Barometer 2010. Report im Auftrag des Bundesamts für Berufsbildung und Technologie (BBT). Kurzfassung vom Oktober 2010.

### **Evaluationen**

- [B,S,S:] Qualifikationsverfahren in der beruflichen Grundbildung, 2010.
- [INFRAS / Idheap:] Evaluation der zweijährigen beruflichen Grundbildung mit EBA, 2010.

## V. Parlamentarische Vorstösse 2010

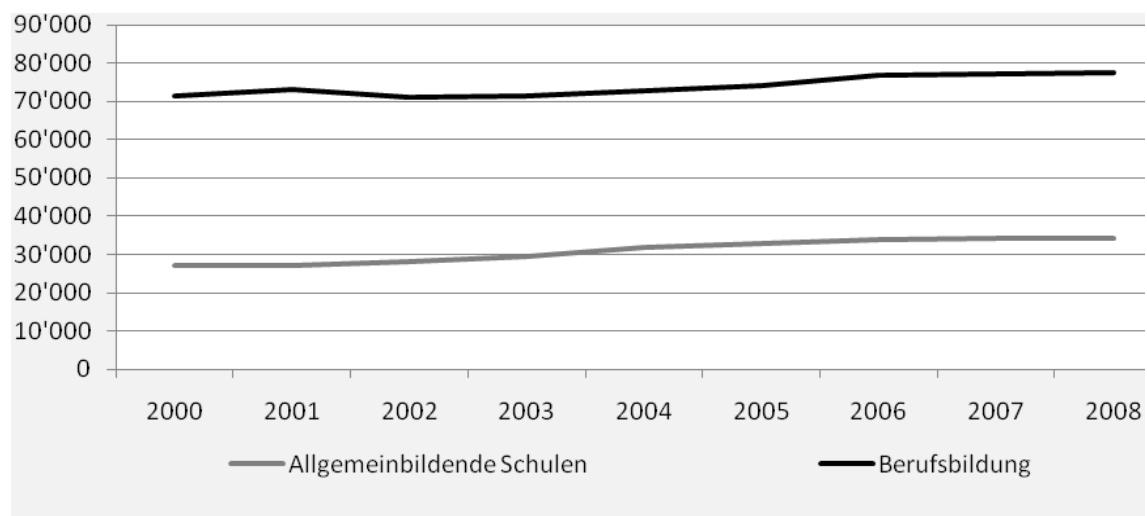
Geschäftsnr.	Vorstoss	Urheberin / Urheber	Kammer / Kanton	Titel
10.3025	Motion	Sylvie Perrinjaquet	NR / NE	Weiterbildung – Frauen werden zur Kasse gebeten
10.3123	Motion	Kathrina Prelicz	NR / ZH	Notstand beim Gesundheitspersonal. + Anschubfinanzierung in der Berufsausbildung der Gesundheitspersonals
10.3127	Postulat	Bea Heim	NR / SO	Sicherung der Alterspflege
10.3128	Postulat	Bea Heim	NR / SO	Attraktivität der Krankenpflege-Ausbildung
10.3213	Interpellation	Edi Engelberger	NR / NW	Bildungssteuerung ohne Einbezug der Sozialpartner
10.3298	Postulat	Maire-Thérèse Weber-Gobet	NR / FR	Bildungsgutscheine für Wiedereinsteiger-Innen und Wiedereinsteiger mit tiefem und mittlerem Einkommen
10.3308	Postulat	Esther Egger	NR / AG	Finanzierung von Aus- und Weiterbildungskosten / Pflegefinanzierung
10.1058	Anfrage	Andy Tschümperlin	NR / SZ	Freizügigkeit ist ein Freiheitsrecht. Anerkennung der Berufsqualifikationen
10.1073	Anfrage	Franziska Teuscher	NR / BE	Wo steht die Schweizer Cleantech-Industrie?
10.3461	Interpellation	Jacques-André Maire	NR / NE	Kostenpflichtige Eignungstests für Lehrstellensuchende
10.3503	Motion	Bea Heim	NR / SO	Pflege als Zweitausbildung: Massnahmen gegen den Pflegepersonalmangel
10.3470	Motion	Zisyadis	NR / VD	Eidgenössische Anerkennung des Berufs Sommelier und Sommelière
10.3546	Postulat	Silvia Schenker	NR / BS	Mangel an Pflegepersonal. Massnahmen zur Vermeidung von Berufsausstiegen
10.3513	Interpellation	Josiane Aubert	NR / VD	Ausbildung von Pflegepersonal auf den Tertiärstufen A und B. Transparenz bei den Eintritten
10.5427	Anfrage	Ignazio Cassis	NR / TI	Anerkennung von Berufsqualifikationen. Übernahme der Richtlinie 2005/36/EG durch die Schweiz
10.3738	Postulat	Maja Ingold	NR / ZH	Mehr Ausbildungsplätze für Jugendliche mit schwachem Schulrucksack
10.3695	Interpellation	Viola Amherd	NR / VS	Kopenhagener Prozess. Validierung der Bildungsleistungen
10.3676	Motion	Jean-Pierre Graber	NR / BE	Anerkannte Abschlüsse für die Ausbildungsgänge der Schweizer Armee
10.3990	Interpellation	Kathy Riklin	NR / ZH	Cleantech-Fachkräfte, Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB als Kompetenzzentrum
10.4141	Interpellation	Kathy Riklin	NR / ZH	Die politische Bildung auch an den Berufsschulen stärken

10.4016	Postulat	Laurent Favre	NR / NE	Faciliter la mobilité dans la réinsertion professionnelle
10.3939	Motion	Josef Zysiadis	NR / VD	distinction nationale pour les « Meilleurs ouvriers et ouvrières »

## VI. Berufsbildungsindikatoren

### Lernende auf Sekundarstufe II

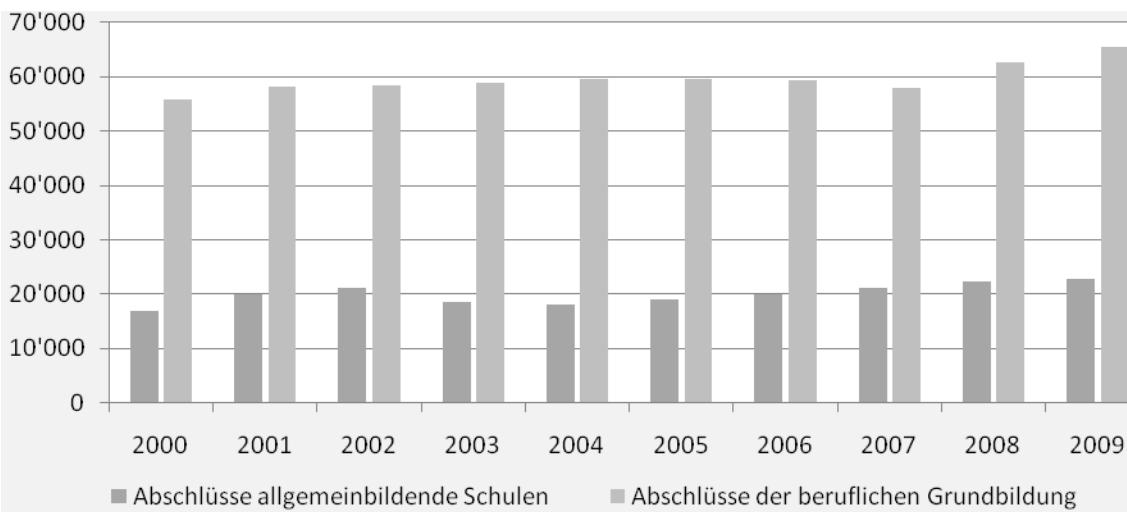
Die berufliche Grundbildung stellt mit zwei Dritteln der Jugendlichen den grössten Bereich der nachobligatorischen Bildung auf der Sekundarstufe II dar. Jährlich treten zwischen 70'000 und 80'000 Jugendliche in die Berufsbildung ein.



Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS)

### Abschlüsse Sekundarstufe II

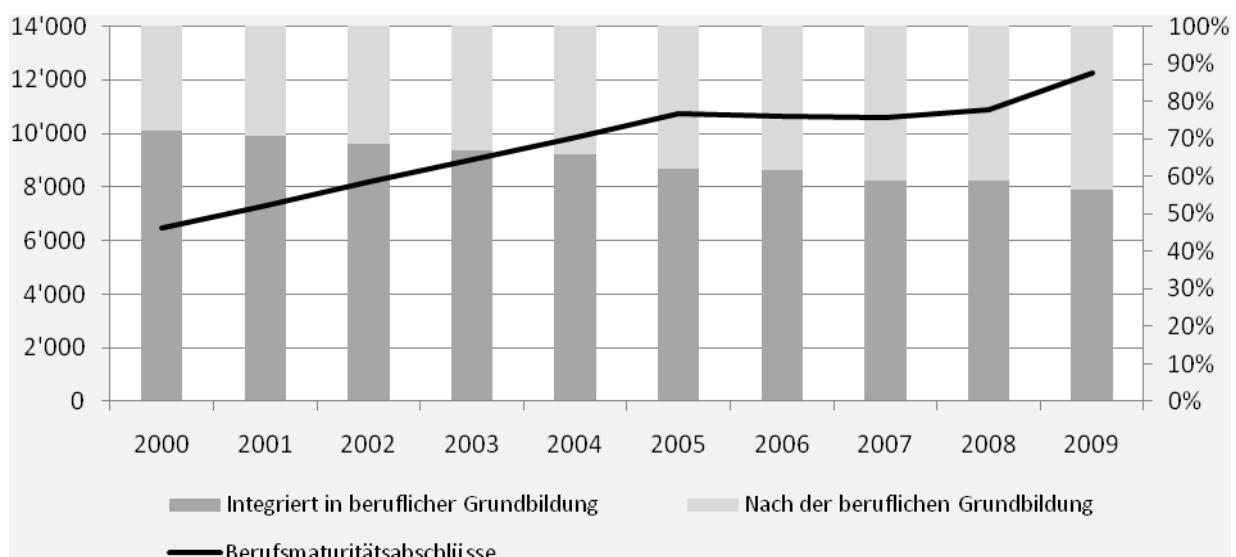
In der Schweiz verfügen rund 90 Prozent der Jugendlichen über einen Abschluss auf Sekundarstufe II. Knapp 75 Prozent der Abschlüsse stammen aus der Berufsbildung.



Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS)

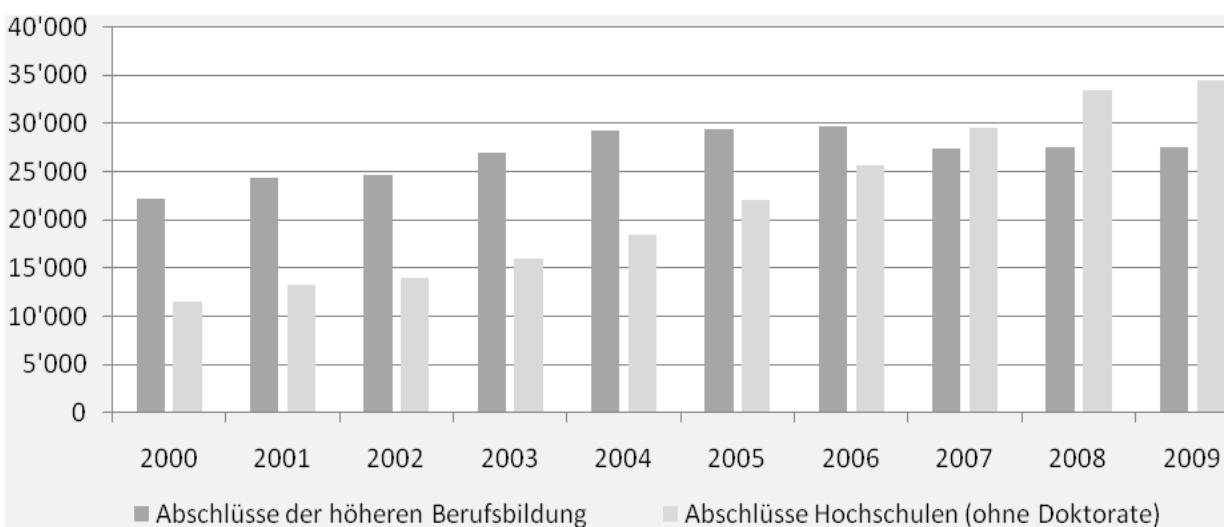
## Berufsmaturitätsabschlüsse

1994 wurde die Berufsmaturität als Angebot für leistungsstarke Jugendliche eingeführt. Sie ergänzt die berufliche Grundbildung mit einer erweiterten Allgemeinbildung und ermöglicht den prüfungsfreien Zugang zu den Fachhochschulen. Im Jahr 2009 wurden 12'257 Berufsmaturitätszeugnisse vergeben. Davon wurden rund 56 Prozent während und 44 Prozent nach der beruflichen Grundbildung erworben. Mit Zusatzqualifikationen, der sogenannten Passerelle, ist auch der Übertritt an eine Universität oder ETH möglich.



## Abschlüsse Tertiärstufe

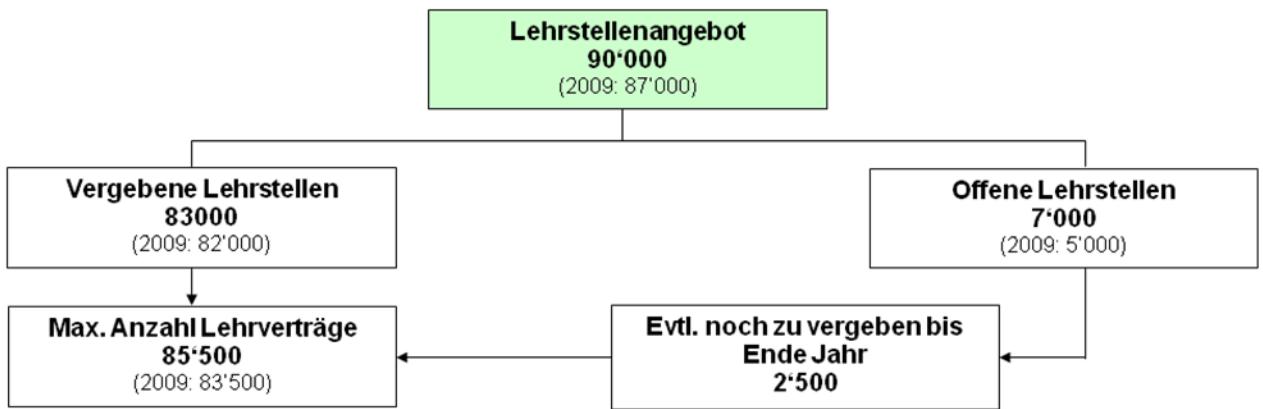
Auf Tertiärstufe trägt die höhere Berufsbildung wesentlich zur Bereitstellung von qualifizierten Fach- und Führungskräften bei. Im Jahr 2009 wurden rund 28'000 Diplome und Fachausweise der höheren Berufsbildung vergeben<sup>3</sup>. Im Vergleich wurden im Hochschulbereich (Fachhochschulen, Universitäten und Eidgenössisch Technischen Hochschulen) rund 35'000 Diplome (ohne Doktorate) vergeben.



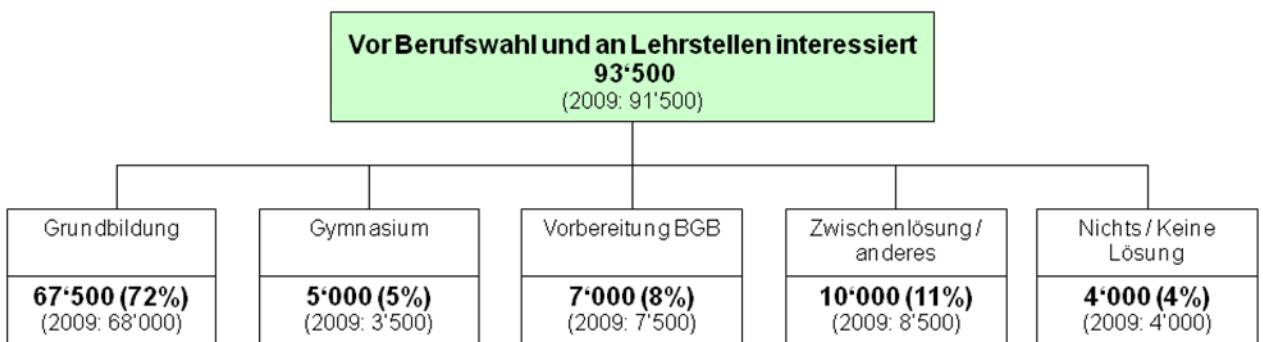
<sup>3</sup> Von den 28'000 Abschlüssen sind rund 22'000 eidgenössisch anerkannt.

## VII. Lehrstellenmarkt

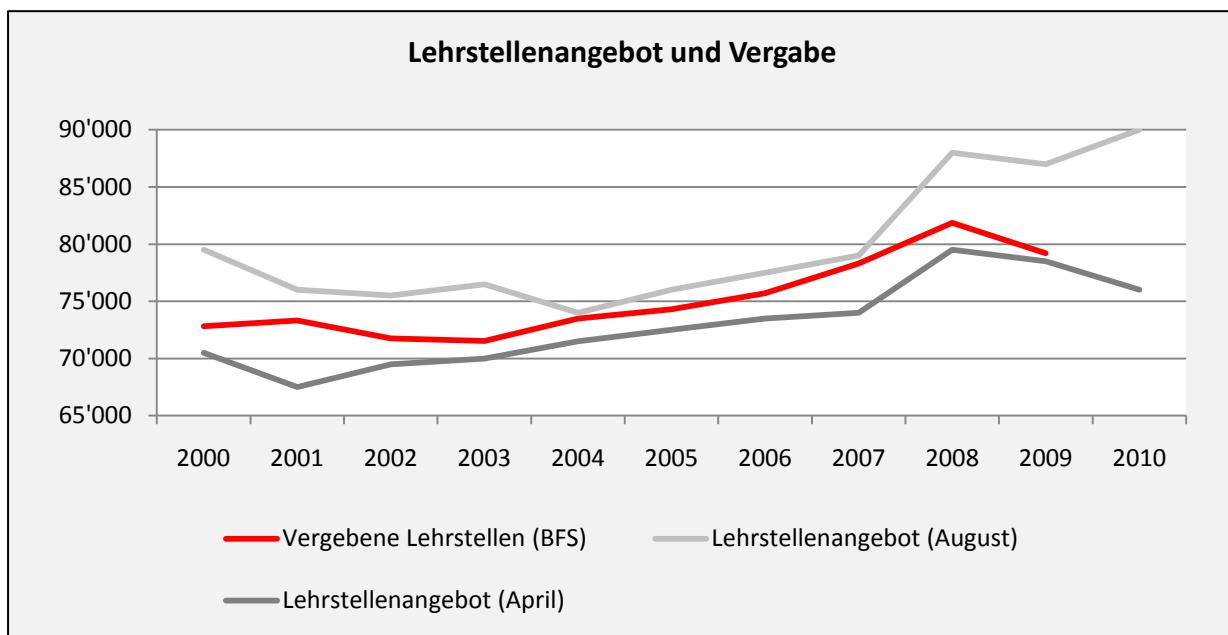
### Angebotene Lehrstellen (Stichtag 31. August 2010)



### Situation von Jugendlichen mit Interesse an einer beruflichen Grundbildung (Stichtag 31. August 2010)



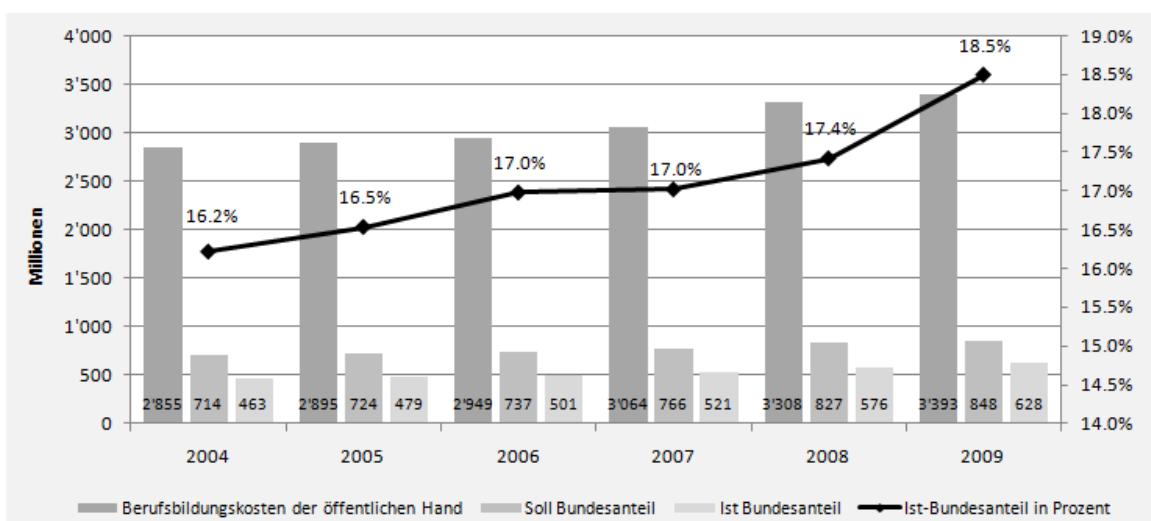
## VIII. Angebot und Nachfrage auf dem Lehrstellenmarkt im Zeitverlauf



## IX. Kosten der öffentlichen Hand für die Berufsbildung

Die kantonalen Berufsbildungskosten werden durch eine Vollkostenrechnung gemäss den im Berufsbildungsgesetz definierten Kostenträgern abgebildet. Sie beliefen sich im Jahr 2009 auf 3'329 Mio. CHF. Mit über 70 Prozent der Kosten sind die Berufsfachschulen der wichtigste Kostenträger. Die höheren Fachschulen mit zehn Prozent und die Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung mit sieben Prozent stellen die nächst grösseren Kostenträger dar.

Entwicklung Berufsbildungskosten und Bundesbeiträge 2004–2009



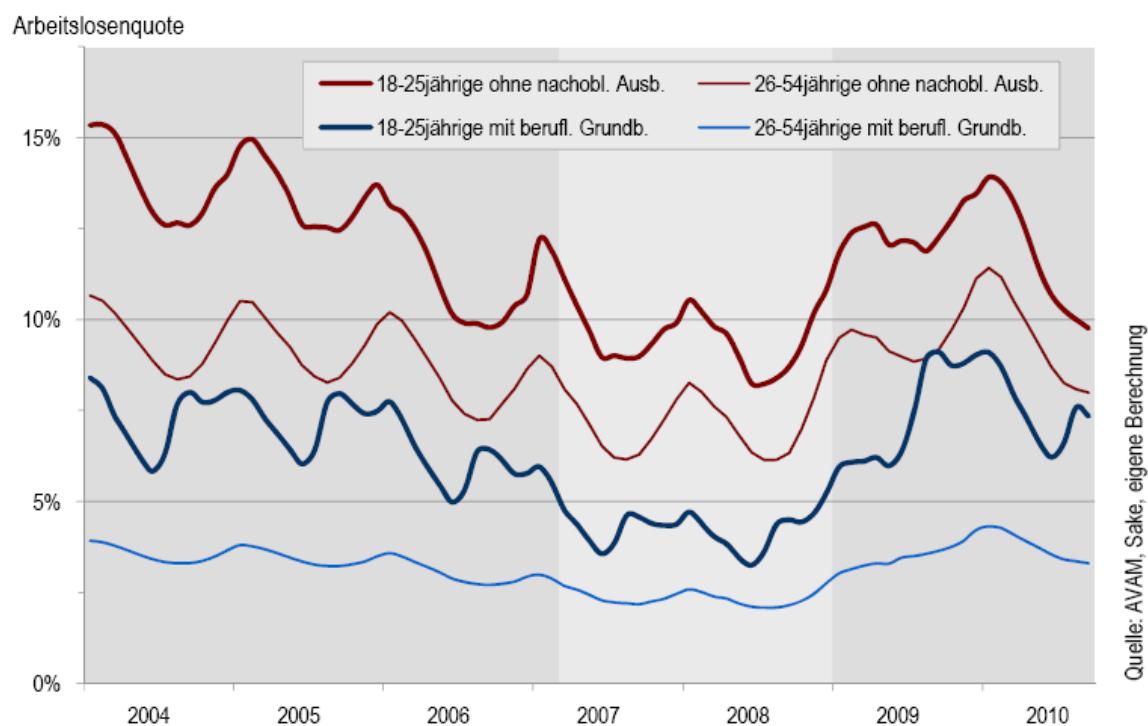
Die Berufsbildungskosten der öffentlichen Hand beinhalten nebst den kantonalen Vollkosten die Kosten für die Berufsbildungsforschung, das Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung und Beiträge des Bundes an Dritte<sup>4</sup>.

## X. Berufseinstiegs-Barometer

Der Berufseinstiegs-Barometer des Stellenmarkt-Monitors Schweiz der Universität Zürich wurde 2010 zum ersten Mal erstellt und soll jährlich erscheinen. Es ist ein Auftrag des Bundesamts für Berufsbildung und Technologie (BBT) in Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO). Der Berufseinstiegs-Barometer ermöglicht, Veränderungen in Angebot und Nachfrage der ersten Arbeitsstellen nach der beruflichen Grundbildung zu überwachen.

Die Abschlüsse der beruflichen Grundbildung bieten auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten einen hohen Schutz vor Arbeitslosigkeit und eröffnen Wege zu weiterführenden Aus- und Weiterbildungen.

### Arbeitslosigkeit nach Alter und Ausbildungsabschluss (Monatsreihen 2004–2010).



Das Stellenangebot der Unternehmen hat sich in den letzten Jahren in Richtung höhere Qualifikationsniveaus verschoben. Aus- und Weiterbildung sowie Erfahrung sind heute für den Arbeitsmarkterfolg von Absolventinnen und Absolventen einer beruflichen Grundbildung wichtiger als vor zehn Jahren. Die Stossrichtung bestehender arbeitsmarktlicher Massnahmen für Berufseinstiegerinnen und Berufseinstieger, die diesen helfen, Praxiserfahrung zu sammeln oder sich auf geeignete Weise weiterzubilden, sind deshalb richtig und zweckmässig.

<sup>4</sup> Der Betrag „Bund an Dritte“ fasst die Zahlungen der Projektförderung und Entwicklung des BBT zusammen, welche nicht an die Kantone ausgeschüttet wurden.